

Sprache in Ost und West

„Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ – Als Günther Schabowski am Abend des 9. November 1989 auf der internationalen Pressekonferenz des ZK der SED mit diesen lapidaren Worten eher beiläufig das Inkrafttreten eines neuen Reisegesetzes verkündete und damit faktisch das Ende des DDR-Grenzregimes auslöste, war zu diesem Zeitpunkt trotz der immensen Dynamik, die die politischen Prozesse in der DDR und im ganzen Ostblock in den vorangegangenen Wochen und Monaten angenommen hatten, für keinen der Beteiligten, wohl keinen Zeitgenossen vorstellbar, in welcher Geschwindigkeit sich anschließend ewige Wahrheiten und jahrzehntelang für stabil und unverrückbar gehaltene Strukturen im Nichts auflösen würden. Zwanzig Jahre ist das nun her, erst und schon, und es lohnt sich, sich anlässlich dieses Vigintenniums zu vergegenwärtigen, dass von der Teilung nicht nur die politische Nation, sondern auch die Sprachnation betroffen war und ist. Mit der Zweistaatlichkeit war an der Oberfläche öffentlich-institutionalen Sprechens zwangsläufig eine Differenzierung des bis dahin reichsgemeinsamen Sprachgebrauchs verbunden, die ihren Niederschlag ganz banal in der jeweils unterschiedlichen Benennung staatlicher, sozialer, wirtschaftlicher Strukturen fand (was *mutatis mutandis* auch für die anderen deutschsprachigen Länder gilt und immer gegolten hat), die sich zugleich aber durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Systemen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Fundierungen auch in weiteren Bereichen mindestens der politischen Rhetorik manifestierte. Was die Zweistaatlichkeit für die deutsche Sprache bedeute, wie groß und von welcher Art die Unterschiede zwischen Ost und West nun tatsächlich seien, inwieweit sich daraus eine Zweisprachigkeit der Nation entwickeln würde oder schon entwickelt habe – diese Fragen waren schon sehr früh nach den beiden Staatsgründungen Gegenstand linguistischer (und laienlinguistischer) Debatten; seit der Wende fehlt diesen Fragen zwar die Zukunftsperspektive, aber dafür kann man trefflich darüber streiten, welche Folgen die vier Jahrzehnte der staatlichen Teilung für die Sprache sowie für das gegenseitige Verstehen denn gehabt haben.

Dieses Themenheft versammelt Beiträge, die die Traditionen, die zu diesem Forschungsthema am Institut für Deutsche Sprache immer bestanden haben, aufgreifen und weiterführen. Dabei sollen vierzig plus zwanzig Jahre Ost-West-Sprachgeschichte aus sehr verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden. In einem Diskurs, der vor dem Hintergrund sehr grundsätzlicher Gemeinsamkeiten und der Prämisse prinzipieller Zusammengehörigkeit (was sind schon vierzig nicht einmal ganz getrennt verlebte Jahre im Vergleich zu über 1200 Jahren gemeinsamer Sprachgeschichte) eher geneigt ist, nach Differenzen zu suchen, betont **Hartmut Schmidt** im ersten Beitrag dieses Heftes, in dem er „Über den gemeinsamen Sprachgebrauch in Ost und West, seine Probleme und kreativen Möglichkeiten“ schreibt, die gemeinsame Basis, aus der sich die kollektiven Traditionen des Formulierens speisen und die in völlig unauffälliger Weise gemeinsame Allusions- und Verstehenshorizonte ermöglicht. – Dem Wortschatz als dem zugänglichsten sprachlichen Teilbereich widmet sich **Norbert Richard Wolf** in seinem Beitrag „Der ‚DDR-Wortschatz‘ als Indikator einer nationalen Varietät? Mit einem Blick auf die Lexikographie des DDR-Wortschatzes“; er diskutiert (mit lexikographiekritischen Seitenblicken) die Frage, wie groß die lexikalischen Differenzen sein müssen, um eine eigene Varietät zu konstituieren. – Um den Wortschatz, aber wiederum aus einer anderen, nämlich auf die letzten

zwanzig Jahre gerichteten Perspektive, geht es auch bei **Doris Steffens**; sie zeigt in ihrem Beitrag „20 Jahre Mauerfall – Zur Wortschatzentwicklung seit der Wendezeit“, dass an die Stelle des rasanten Wortschatzwandels in den in dieser Hinsicht sehr dynamischen ersten Wendejahren eine unauffälligere, kontinuierliche Entwicklung des Wortschatzes getreten ist. – Ein spezieller, aber eminent wichtiger, weil salienter Wortschatzausschnitt ist das Thema von **Friedhelm Debus**: die „Namen in Ost und West“; er zeichnet nach, dass Namen, insbesondere Toponyme und Institutionen, gefährdet sind, für ideologisch-politisch motivierte Zwecke dienstbar gemacht zu werden. – Dem deutschen Hang zur Nabelschau geht **Hans Werner Eroms** nach, indem er „Eigen- und Fremdbenennungen im Deutschland der Wende- und Nachwendezeit“ untersucht; er findet einen großen Benennungsreichtum, der meist kontrastiv strukturiert ist und der durchaus funktionalstilistische Differenzierungen erlaubt. – Wie sich Sprache, Wissenschaft und Politik in der Sprachwissenschaftspolitik der alten Bundesrepublik verschränkt haben, macht **Manfred W. Hellmann** nachvollziehbar in seinem Beitrag über „Kontroversen um das ‚sprachliche Ost-West-Problem‘. Zum Spannungsfeld zwischen Sprachwissenschaft, Wissenschaftsförderung und Politik. Ein forschungshistorischer Rückblick“. – Wie weit andererseits die Folgen der Teilung in die Gegenwart hineinreichen, untersuchen **Albrecht Plewnia** und **Astrid Rothe** in ihrem Beitrag „Eine Sprach-Mauer in den Köpfen? Über aktuelle Spracheinstellungen in Ost und West“ auf der Basis einer aktuellen repräsentativen Meinungsumfrage, die das Institut für Deutsche Sprache und die Universität Mannheim in Auftrag gegeben haben; es stellt sich heraus, dass die Befragten in Ost und West in vielen Fragen dichter beieinander liegen, als man vielleicht vermuten könnte.

Die Beiträge dieses Themenhefts verbindet das Interesse an den Formen des Deutschen im Osten und im Westen Deutschlands, zu Zeiten der staatlichen Teilung und seit der Wiedervereinigung; aus der Unterschiedlichkeit ihrer Perspektiven sollten sie ein so differenziertes Bild ergeben, dass es dazu beitragen mag, ein Kapitel der jüngsten deutschen Sprachgeschichte im Detail und insgesamt besser verständlich zu machen.

Mannheim, Oktober 2009

Albrecht Plewnia